V E R E I N B A R U N G

über die Anlage eines Radweges entlang der L 549 zwischen Obergimpfern und Untergimpfern

Zwischen der

der **Stadt Bad Rappenau**

vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Sebastian Frei

und

der **Stadt Neckarbischofsheim**

vertreten durch Bürgermeisterin Tanja Grether

wird folgende Vereinbarung geschlossen:

Präambel

Die beiden Städte Bad Rappenau und Neckarbischofsheim planen den Neubau eines Radweges entlang der Landesstraße L 549 als Lückenschluss zwischen den beiden Ortsteilen Obergimpfern (Bad Rappenau) und Untergimpfern (Neckarbischofsheim). Ein durchgängig ausgebauter Radweg soll künftig den bisher teilweise aus Gras, teilweise aus Asphalt bestehenden Weg und den noch fehlenden Abschnitt ersetzen.

Das Land Baden-Württemberg sieht das Anlegen eines straßenbegleitenden Radweges aus Gründen der Verkehrssicherheit für erforderlich an. Das Land Baden-Württemberg trägt die Baukosten für die erstmalige Herstellung des Radweges. Die Städte Bad Rappenau und Neckarbischofsheim werden hierzu eine Vereinbarung mit dem Land Baden Württemberg schließen, die als Anlage dieser Vereinbarung beigefügt ist.

§ 1
Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Die Städte Bad Rappenau und Neckarbischofsheim sind sich darüber einig, dass die Schaffung des Baurechts für den Radweg durch beide Städte gemeinsam erfolgt. Die beiden Städte stimmen die Planung eng miteinander ab und unterstützen sich gegenseitig. Dabei zeichnet sich die Stadt Bad Rappenau für die Planung der Baumaßnahme, deren Umsetzung und Abrechnung mit dem Land Baden-Württemberg verantwortlich.
- (2) Die Planungskosten und sonstige Aufwendungen, die nicht vom Land Baden-Württemberg getragen werden, teilen sich die Städte Bad Rappenau und Neckarbischofsheim nach den Regelungen dieses Vertrages.
- (3) Darüber hinaus gelten die Bestimmungen der Vereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg und den beiden Städten. Sie wird Bestandteil dieser Vereinbarung.

§ 2
Durchführung der Maßnahme

- (1) Mit der Planung, Ausschreibung und Bauleitung der Baumaßnahme beauftragt die Stadt Bad Rappenau ein leistungsfähiges Ingenieurbüro.
- (2) Die Stadt Bad Rappenau bzw. das beauftragte Ingenieurbüro stimmt die Ausführungsplanung mit dem Land Baden-Württemberg ab und holt von dort die Baufreigabe ein.
- (3) Die Bauabnahmen führen die Städte gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg durch.
- (4) Verhandlungen über den Erwerb von für den Bau benötigter Grundstücke auf ihrer Gemarkung führt die betroffene Stadt in eigener Verantwortung. Gleiches gilt für die Abstimmung und ggf. Genehmigung der Planung mit Dritten sowie die Beschaffung notwendiger Beschlüsse.

§ 3
Kostentragung / Abrechnung

- (1) Die Stadt Bad Rappenau erhält für die Planung und Durchführung der Baumaßnahme vom Land Baden-Württemberg einen Verwaltungskostenzuschlag in Höhe von 8%. Darüber hinausgehende Kosten werden von den Städten Bad Rappenau und Neckarbischofsheim, soweit eine eindeutige Zuordnung möglich ist, von der betroffenen Stadt selbst getragen. Ist eine Zuordnung nicht möglich, teilen sich die Städte auf Grundlage der jeweils auf der Gemarkung anfallenden Herstellungskosten anteilig die Kosten.
- (2) Grunderwerbskosten, die vom Land Baden-Württemberg nicht als Baukosten übernommen werden, trägt die betroffene Stadt selbst.

- (3) Die aus § 2 Absatz 1 begründeten Honorare werden von den Städten Bad Rappenau und Neckarbischofsheim anteilig auf Grundlage der jeweils auf der Gemarkung anfallenden Herstellungskosten getragen.
- (4) Die Stadt Neckarbischofsheim leistet entsprechend dem Fortschritt der Ingenieurleistungen auf Anforderung der Stadt Bad Rappenau Abschlagszahlungen.
- (5) Die Absätze 2 und 3 gelten auch für die Kosten der Grünplanung, des naturschutzrechtlichen Ausgleichs, notwendiger Fachgutachten (wie z.B. Statik, Prüfstatik, Beweissicherung, SiGeKo, baubegleitende Gutachter-Betreuung) und für Vermessungsleistungen, soweit sie nicht ausschließlich den Interessen der jeweiligen Stadt zugeordnet werden können.
- (6) Etwaige Gebühren für Genehmigungen, Gestattungen, Anordnungen u.Ä. tragen die beiden Städte jeweils hälftig, soweit sie nicht ausschließlich den Interessen der jeweiligen Stadt zugeordnet werden können.

§ 4

Freistellung von Ansprüchen Dritter

Die Stadt Neckarbischofsheim stellt die Stadt Bad Rappenau von Ansprüchen Dritter frei, die auf Verschulden von Beschäftigten der Stadt Neckarbischofsheim bei der Durchführung dieser Vereinbarung zurückzuführen sind.

§ 5

Schriftform

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie weitere Abmachungen, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, bedürfen der Schriftform.

§ 6

Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Abschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen und die Wirksamkeit der Vereinbarung unberührt. Die Städte Bad Rappenau und Neckarbischofsheim verpflichten sich, die unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen nach Sinn und Zweck dieser Vereinbarung durch entsprechende Regelungen zu ersetzen. Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist.

Für die Stadt Bad Rappenau:

Für die Stadt Neckarbischofsheim:

.....
Sebastian Frei,
Oberbürgermeister

.....
Tanja Grether,
Bürgermeisterin

Die Vereinbarung wird in zweifacher Fertigung ausgefertigt. Eine Fertigung erhält die Stadt Bad Rappenau, eine die Stadt Neckarbischofsheim.

Anlagen:

Vereinbarung Land Baden-Württemberg – Stadt Bad Rappenau – Stadt Neckarbischofsheim